

GVS Mfs 014-452/88

BStU
000042

Einrichtungen 1987 über 40 Bürgern der DDR eine zum Teil mehrwöchige Unterbringung und Verpflegung, um diese bei der Durchsetzung der Obersiedlungsgenehmigung bzw. der Zusicherung von Straffreiheit - hauptsächlich für zuvor versuchte ungesetzliche Grenzübertritte - zu unterstützen.

Aus Äußerungen und Verhaltensweisen der dabei unmittelbar mit den DDR-Bürgern in Kontakt gekommenen BRD-Diplomaten kann im allgemeinen abgeleitet werden, daß sie offenbar bemüht waren, die Dauer solcher Botschaftsfälle zu begrenzen.

Im Gegensatz dazu traten in Budapest der aus den Vorjahren bereits bekannte Konsul SAUERTEIG und weitere Mitarbeiter namens [REDACTED] und [REDACTED] in der BRD-Botschaft ab September/Oktober 1987 mit einer verstärkt betriebenen konsularischen Betreuung von Bürgern der DDR in Erscheinung.

Ihren Aussagen zufolge bekamen 4 DDR-Bürger im Ergebnis ihrer Vorsprache im BRD-Konsulat in Budapest behelfsmäßige BRD-Reisepässe und Zahlungsmittel ausgehändigt, um sich in der UVR als BRD-Bürger legitimieren bzw. damit den Versuch einer Grenzpassage nach Österreich unternehmen zu können. Nach dem Mißlingen dieses Planes und einer erneuten Vorsprache bekamen sie wie insgesamt weitere 14 Bürger der DDR Aufenthalt im Konsulat bzw. in der Botschaft der BRD in der UVR gewährt, um sie so dem Zugriff der ungarischen Sicherheitsorgane zu entziehen.

Darüber hinaus wurden 2 weitere DDR-Bürger ihren Aussagen zufolge durch BRD-Diplomaten in der UVR u. a. inspiriert, noch von der UVR aus Obersiedlungersuchen an staatliche Stellen der DDR zu übersenden, schriftliche Unterstützungsersuchen an die "Petitionsstelle der IGfM" in Frankfurt/Main - deren Anschrift ihnen gegeben wurde - zu richten sowie BRD-Verwandte mit der Einbeziehung des "BMB" in die Durchsetzung ihres Vorhabens zu beauftragen.

Kopie BStU
AR 8